

# „Die Pandemie ist noch nicht vorbei“

Parlament verabschiedet einstimmig das 28. Covid-Gesetz, das fast wieder Normalität zulässt. Es bleiben warnende Stimmen.

Von Annette Welsch

„Wir haben es geschafft, auch wenn wir noch vorsichtig sein müssen“, sagte DP-Fraktionschef Gilles Baum. Er war gestern der einzige Redner im Parlament, der allen Gesellschaftsschichten dankte und auf die Pandemie zurückblickte, als sei sie Vergangenheit. „Wir wissen nicht, was im Herbst passiert und müssen uns vorbereiten, heute aber sollen wir uns freuen und die Freiheiten genießen“, so sein Appell.

Das taten aber die wenigsten seiner Kollegen, als das Parlament gestern zwar einstimmig, aber mit großem Bauchweh das 28. Covid-Gesetz, das am Samstag in Kraft tritt und bis 30. Juni gelten soll, verabschiedete: Covid-Check nur noch für das Personal, externe Dienstleister und Besucher in Krankenhäusern und Altersheimen, keine Maskenpflicht mehr außer im öffentlichen Transport sowie in Altersheimen, Spitälern (außer für Patienten) und Gefängnissen. Und wieder volle Versammlungsfreiheit. „Es ist der größte Schritt Richtung Normalität seit Beginn der Krise“, befand denn auch Berichterstatter Mars Di Bartolomeo (LSAP).

## Auf eine neue Welle im Herbst vorbereiten

Die Entwicklung der Pandemie lässt derzeit zwar weitgehende Lockerungen bis hin zur Normalität in weiten Bereichen des Lebens zu, darin waren sich alle Redner einig. Aber bei aller Euphorie über die gute Situation in den Krankenhäusern und der Impfquote, die bei fast 83 Prozent in der Erwachsenenbevölkerung und bei 91,4 Prozent bei den Personen über 50 Jahren liegt: „Die Pandemie ist noch nicht vorbei“, hieß es durch die Bank. „Wir müssen uns auf eine neue Welle im Herbst vorbereiten.“

Das hatte die die Regierung beratende Wissenschaftler-Taskforce in ihrer neuesten Analyse den Abgeordneten auch diese Woche nahegelegt. Drei Szenarien sind dort aufgezeigt: Es wird eine

neue Variante von Delta auftreten, eine neue von Omikron oder eine Variante Deltakron, die mindestens so ansteckend ist wie Omikron und mindestens zu so schweren Verläufen führt wie die Delta-Variante. Man sollte die Impfpflicht zügig einführen, um sie ab Mai anlaufen zu lassen. Denn es brauche drei bis vier Monate, bis ein volles Impfschema seine volle Wirkung entwickelt hat und ab September könnten die wie auch immer gearteten Infektionen wieder beginnen zu steigen, heißt es von den Experten.

„Das Virus ist nicht verschwunden, wir müssen den Winter vorbereiten“, sagte denn auch Josée Lorsché und warnte: „Es bleiben 15 Prozent der Vulnerablen über 50 Jahre, die nicht geimpft sind und die über Kampagnen erreicht werden müssen.“ Sie empfand es deswegen als „weniger erfreulich, dass die Impfzentren alle geschlossen werden, weil die Ungeimpften nicht mehr überzeugt werden könnten“. Das klinge nach Resignation. „Wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten und hoffen, dass es nicht eintritt“, forderte sie.

Auch Claude Wiseler (CSV) beschäufte sich eher mit dem, was die Regierung jetzt in Angriff nehmen sollte. „Die Lockerungen lassen den Eindruck entstehen, dass die Krisensituation vorüber ist, die Zahl der Sterbefälle ist aber noch immer hoch und die Infektionszahlen werden gar nicht mehr wissenschaftlich sinnvoll erhoben“, mahnte er und verlangte, dass die Regierung die Bevölkerung entsprechend informiert.

Wichtig für die nächste Krisenstufe sei auch, dass untersucht wird, ob und was die einzelnen Pandemie-Maßnahmen gebracht haben. Eine Meinung, die Jeff Engelen (ADR) teilte: „Wo haben wir richtig reagiert und konnten Schaden abwenden, wo war der Schaden größer als der Nutzen? Das müssen wir analysieren.“

## Pandemiegesezt jetzt für den Herbst vorbereiten

Wiseler hielt es auch für wichtig zu klären, wie gesetzlich institutionell und kontrollierend in solchen Fällen der Freiheitsbeschränkungen vorgegangen werden soll, „auch wenn Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) meint, man solle sich mit einem solchen allgemeinen Pandemiegesetz Zeit lassen“. Es müsse auch die Dauer der Immunität und die Notwendigkeit einer Auffrischung geklärt werden. „Wir stimmen für das Gesetz, erwarten uns aber eine Analyse der Effizienz der Covid-Maßnahmen, um rechtzeitig, ein Pandemiegesetz ausarbeiten zu können. Wir müssen alles tun, um eine Welle im Herbst zu überstehen, ohne alles wieder schließen zu müssen.“

DP-Fraktionschef Gilles Baum meinte zwar: „Sars-CoV-2 werden wir nicht mehr los, ich habe aber die Hoffnung, dass die Impfung unser Immunsystem gut auf neue Varianten vorbereitet hat.“ Pirat Marc Goergen war sich dagegen sicher: „Die vierte Impfung wird kommen. Der Impfschutz sinkt, das müssen wir den Leuten erklären und nicht die Botschaft geben, dass alles vorbei ist.“

Auch Yves Cruchten (LSAP) war sich bewusst: „Wir können lockern, weil die Situation im Gesundheitswesen unter Kontrolle ist und so viele geimpft sind. Es ist aber nicht das Ende der Pandemie. Spezialisten meinen, wir müssen noch mit mindestens einer Variante rechnen.“ Deswegen müsse man rechtzeitig „wieder Maßnahmen aus der Schublade ziehen können“.

Im Einzelnen wurde allerdings schon auch Kritik am Gesetz laut. So vermisste Wiseler die Empfehlungen dazu, wie landesweit die Visiten in den Spitälern künftig gestaltet werden sollen. Nathalie Oberweis (Déi Lénk) monierte, dass Covid-Selbsttests vor Ort des Personals von Gesundheits- und Pflegeinstitutionen nicht mehr anerkannt werden, außer bei Patienten und Begleitpersonen, die ins Spital gehen. „Es scheint mir un-

verhältnismäßig, dass 3G und die damit verbundenen Kosten für das Personal in Kliniken und Altersheimen bestehen bleibt“, sagte sie und kritisierte genau wie die beratende Menschenrechtskommission auch, dass sich in Haftanstalten nichts ändert. „Diese Personen empfinden das als weitere Strafe. Das stößt mir bitter auf.“ Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) erklärte dazu, dass es keine Straf-, sondern eine Schutzmaßnahme angesichts des engen, geschlossenen Raums sei.

Und während Oberweis es als juristische Unsicherheit wertete, dass die Organisatoren von Großevents künftig selber entscheiden können, ob und welche Schutzmaßnahmen sie vorsehen wollen, befand Pirat Marc Goergen: „Wir hätten gerne den Covid-Check bei großen Events behalten. Die aktuelle Datenlage ist ein Moment, das darf man nicht vergessen.“

Paulette Lenert rechtfertigte die Maskenpflicht im öffentlichen Transport damit, dass auch vulnerable Leute ihn nutzen. „Gewisse Leute bleiben gefährdet und wir werden das auch noch entsprechend kommunizieren“, betonte sie. Jetzt sei Verantwortung gefragt. „Jeder weiß, wie er sich schützen kann. Vulnerable bleiben bedroht von schweren Verläufen, sie sollten Plätze mit vielen Leuten meiden. Und wenn jemand krank ist, soll er sich von anderen Menschen fernhalten. Wir brauchen das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass wir nicht wissen, was noch zu erwarten ist.“

Die OECD und andere Experten arbeiteten an Studien zu den Covid-Maßnahmen. Was das Pandemiegesetz betrifft, so kenne sie keines, das eins zu eins übernommen werden könnte. Und als Vorbereitung auf den Herbst sagte sie: „Wir wissen nichts über den Impfschutz und müssen uns als Regierung eventuell schnell anpassen. Wir hoffen, dass es der letzte Schritt ist, den wir machen müssen.“

● *Wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten und hoffen, dass es nicht eintritt.*

Josée Lorsché, Déi Gréng

## La levée des mesures covid sera votée aujourd'hui

Le Luxembourg et ses habitants pourront souffler un grand coup, a priori à partir de demain. La voie est en effet libre pour le vote d'une loi covid qui abolira la plupart des restrictions sanitaires. Le débat et le vote en séance plénière sont prévus pour cet après-midi.

Hier, le Conseil d'État a validé les grandes lignes du projet de loi. Il en va de même pour le Collège médical, la Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) et la Chambre des métiers. Une série de points, en lien direct avec les allègements, reste encore à éclaircir.

La tendance à la hausse des nouvelles infections ne changera toutefois plus rien à la levée de la quasi-intégralité des mesures. Depuis lundi, les chiffres quotidiens sont en augmentation par rapport à la semaine précédente, qui s'était déjà clôturée par une progression de 2 % des cas posi-

tifs (4 794 infections contre 4 670). Entre mercredi et hier, 1 147 tests se sont révélés positifs, contre 845 jeudi dernier. Le taux de reproduction reste constamment au-dessus du seuil critique de 1 (1,05).

L'enseignement majeur demeure toutefois que le grand nombre de nouvelles contaminations n'a aucun effet majeur sur les hospitalisations. Hier soir, 32 malades du covid étaient pris en charge, dont 5 en soins intensifs. Depuis trois semaines, la moyenne des hospitalisations se stabilise autour des 30 patients, contre 60 début février.

Le taux de vaccination élevé (78,2 % des plus de 5 ans) constitue le facteur stabilisateur majeur. Parmi les plus de 18 ans, ce sont même 82,9 % qui ont reçu au moins une dose. En ce qui concerne les plus vulnérables (60+), 91,4 % sont vaccinés.

Le point noir reste la succession de

décès liés au covid. Quatre nouveaux décès ont été annoncés, hier, augmentant le bilan global à 1 004 victimes.

La prudence reste donc de mise, en dépit de l'abolition du Covid Check (sauf secteur des soins) et du port obligatoire du masque (sauf transports publics). La Chambre des métiers plaide notamment pour le maintien du masque chez les coiffeurs et autres domaines de soins à la personne.

Une définition claire des recommandations qui resteront d'application, notamment lors de grands rassemblements, est exigée de la part du gouvernement.

Un autre point central à clarifier sera le moment de l'entrée en vigueur de la nouvelle loi covid. Le masque pourra-t-il être tombé dès ce soir? Il semble plus probable qu'il faudra attendre demain. Seule certitude : le texte doit rester en vigueur jusqu'au 30 juin.

### **Menschenrechtskommission stellt Inkohärenzen fest**

Die beratende Menschenrechtskommission CCDH begrüßt in ihrem Gutachten zum Entwurf des neuen Covid-Gesetzes, dass nicht mehr gerechtfertigte Schutzmaßnahmen aufgehoben werden, übt aber auch Kritik. Sie bemängelt, dass es beispielsweise Organisatoren von Veranstaltungen weiterhin erlaubt sein soll, Schutzmaß-

nahmen anzuwenden. Die CCDH fragt sich, ob das ohne legale Basis überhaupt möglich ist. Des Weiteren vermisst sie eine Erklärung, warum die bestehenden Maßnahmen im Gefängniswesen und im Centre de rétention beibehalten werden, während sie in allen anderen Bereichen, mit Ausnahme des Gesundheits- und Pflegesektors, abgeschafft werden.

[National](#) - Feu vert fir neit Covid-Gesetz

# Collège médical freet Maskepflicht a Praxisse a schwätzt vu weiderer Impfung

Vu(m) Claude Zeimetz|Update: 10.03.2022 17:41



E Freideg gëtt an der Chamber iwwert dat neit Covid-Gesetz ofgestëmmt.

Mat deem neie Gesetz gëtt jo op deene meeschte Plazen d'Maskepflicht opgehuewen an de CovidCheck-Regime fällt ewech. D'Mask bleift just nach am ëffentlechen Transport Pflicht an do, wou ee mat Vulnerabelen a Kontakt ass, wéi notament am Spidol oder am Altersheim.

Covid-Gesetz/Reportage Claude Zeimetz

Leit, déi och nom Enn vun der obligatorescher Maskepflicht, fräiwëlleg eng Mask undoen, kéinten op verschiddene Plazen domadder géint d'Vermummungsverbuuet verstoussen a géifen zum Beispill an der Schoul dowéinst eng Strof riskéieren. Nodeems de Staatsrot a sengem Avis zum neie Covid-Gesetz dorobber opmierksam gemaach huet, hunn d'Deputéiert vun der Santéskommissioun dowéinst en Donneschdeg eng Rei Prezisiounen am Text formuléiert.

Allgemeng dréit de Staatsrot déi geplangten Ouverture vum neie Covid-Gesetz mat. Nieft dem Enn vun der allgemenger Maskepflicht, gëtt och de CovidCheck op deene meeschte Plazen opgehuewen. D'Mask bleift wéi gesot obligatoresch am ëffentlechen Transport, de Spideeler an den Altersheimer. Personal, Prestatairen a Leit, déi op Besuch kommen, mussen de CovidCheck virweise, wa se an d'Spidol oder an en Altersheim ginn. Dat selwecht gëllt fir de Prisong an de Centre de rétention. D'Debatten iwwert d'Covid-Gesetz fänken e Freideg de Mëtteg um 13.30 Auer un.

De [Collège médical](#) hätt am léifsten d'Maskepflicht géif och weider an den Dokteschpraxissen gëllen, respektiv iwberall do, wou Consultatioune gemaach ginn an et en Infektiounsrisiko gëtt. D'Doktere ginn donieft ze bedenken, dass e staarken Incentive fir d'Impfen ewechfällt, wann de CovidCheck opgehuewe gëtt. Dobäi misst een dovunner ausgoen, dass d'Gesamtpopulatioun wuel nach emol mat enger zousätzlecher Dosis geimpft misst ginn, fir sech enger neier Infektiounswell am Hierscht entgéintzestellen. D'Campagne fir d'Impfung missten dowéinst onbedéngt weidergoen.

De Staatsrot dréit d'Ouverturen a sengem Avis prinzipiell mat. Déi héich Kierperschaft mécht awer drop opmierksam, dass d'Ophiewe vun der Maskepflicht sech um Vermummungsverbuot stousse kéint, wa Leit fräiwëlleg decidéieren, weider eng Mask unzedoen an doduerch jo en Deel vun hirem Gesiicht verdecken. De Legislatueur misst den Text deementspriedend preziséieren, fir dass ee keng penal Sanktioune fäerte muss. Donieft réit de Staatsrot den Auteure vum Text och, méi kloer ze formuléieren, wie sech alles op de spezifesche Plazen un d'Maskepflicht hale muss.

D'Chambersantéskommissioun ass fir en Donneschdeg de Mëtteg zesummekomm an dierft do notamment den Avis vum Staatsrot analyséiert hunn. Dat neit Covid-Gesetz soll bis den 30. Juni gëllen. Parallel wëll d'Regierung d'Impfcampagne en Vue vum Hierscht weiderféieren an den Text vun der Impfpflicht gëtt fir den Ament och weider preparéiert.

Déi [consultativ Mënscherechtskommissioun](#) gesäit nieft der Fro vun der Vermummung nach aner juristesche Onsécherheeten, déi duerch dat neit Gesetz entstinn. Dat notamment, wann d'Organisateure vun engem Evenement méi streng Mesurë wëllen en place setzen. Hei wier onkloer, wéi eng Organisateuren a wéi eng Evenementer a Fro kéimen a wat d'legal Basis fir esou Mesurë wier. D'CCDH rappelléiert, dass all Mesurë, déi d'Mënscherechter aschränkt, vun engem Gesetz muss virgesi sinn.

D'Mënscherechtskommissioun versteet dann och net, firwat d'Mesurë quasi iwberall opgehuewe ginn, ausser am öffentlechen Transport a fret, ob de Risiko, dass de Virus sech verbreet, net änlech héich wier zum Beispill an Akafszentren. Si wërft och d'Fro op, ob d'Ophiewe vu quasi sämtleche Mesuren elo net zu engem Pic méi spët am Joer kéint bäidroen, wat dann nees zu méi schwéiere Mesurë bäidroe géing.

Wéineg Versteesdemech gëtt et dann dofir, dass an de Spideeler an Alters- a Fleegeheemer just nach Persounen, déi sech aus medezinesche Grënn net kënnen impfe loossen, e Schnelltest op der Plaz musse maachen. Dat wier iwberhaapt net justifiéiert ginn am Text. Et géing een iwberdeems och net verstoen, firwat d'Personal an deene Strukturen an Zukunft keen Test méi sur place ka maachen.

D'Mënscherechtskommissioun mécht dann drop opmierksam, dass eenzel Haiser zousätzlech restriktiv Mesuren en place hätten a kritiséiert, dass et hei kee kloer Kader gëtt. D'Regierung an d'Parlament missten endlech hir Responsabilitéit iwberhuelen, fir ze verhënnern, dass et zu enger diskriminatorescher Behandlung vu Persounen géing kommen, well se op enger gewësser Plaz wunnen.

Da fret d'CCDH nach, dass soll erkläert ginn, firwat d'Mesuren am Prisong tel quel bleiwen - et géing ee sech froen, ob dat koherent wier mam Ophiewe vu quasi allen anere Mesuren.

Allgemeng begréisst d'Mënscherechtskommissioun, datt Restriktiounen opgehuewe ginn, soubal se net méi justifiéiert sinn - virun allem, well et bei verschiddene Mesurë Froen iwwert d'Proportionalitéit an d'Necessitéit gouf. D'Regierung an d'Parlament sollte sech elo Zäit huelen, fir déi divers Avise bis elo nach eemol ze liesen, d'Mesuren z'iwwerdenken an den negativen Impakt op d'Mënscherechter ze consideréieren an esou verhënneren, datt an Zukunft nees an der Hetz muss legiferéiert ginn. Et hätt een dës Kéier nämlech alt nees quasi keng Zäit gehat, fir d'Gesetz z'aviséieren, emol keng 3 Deeg.

Et missten elo och Efforten an der Sensibiliséierung an an der Kommunikatioun gemaach ginn a Punkto Impfung, Gestes Barrières a gerecht Verdeelung vun de Vaccine weltwäit.

Source : <https://www.rtl.lu/news/national/a/1878134.html>

Avis sur la nouvelle loi

## Feu vert du Conseil d'État pour les allègements Covid

---

Écrit par Mathilde Obert

Publié to 07:46 • Édité to 08:40

Share

---



«Le Conseil d'État peut marquer son accord aux allègements quant à leur principe», écrit-il dans son avis. (Photo: Matic Zorman/Maison Moderne/Archives)

Le Conseil d'État a rendu un avis favorable sur la nouvelle loi Covid, qui doit être votée ce vendredi après-midi et prévoit la fin du masque et du CovidCheck. Certaines clarifications sont demandées.

La [nouvelle loi Covid](#), qui prévoit la fin de la majeure partie des restrictions sanitaires, [doit être votée à la Chambre des députés ce vendredi après-midi](#).

Le Conseil d'État marque son accord avec la loi, sur le principe. Elle demande cependant d'inscrire l'autorisation de porter le masque dans les lieux où il n'est plus obligatoire, notamment à l'école ou dans les administrations publiques. Sinon, les personnes risquent de retomber sous la loi qui interdit de se dissimuler le visage. «Pour ce qui est des établissements hospitaliers, s'il est dans l'intention des auteurs de continuer à soumettre l'entièreté du personnel, les visiteurs et les prestataires externes à une obligation de port du masque, il y a lieu de le prévoir dans la loi», ajoute-t-il.

### La CCDH d'accord également

La Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) a elle aussi rendu un avis favorable à l'assouplissement des restrictions. Mais s'interroge sur le risque d'un nouveau pic à l'automne. Elle

demande des clarifications, notamment sur la possibilité pour les organisateurs d'événements d'appliquer un «régime de protection plus strict».

La Chambre des métiers demande, elle aussi, des recommandations précises en dehors des obligations. Et propose de supprimer la loi Covid de 2020 pour en créer une nouvelle.

Le Collège médical salue lui aussi les allègements, tout en recommandant d'accentuer la campagne de vaccination, notamment pour les doses supplémentaires, après la fin du CovidCheck qui était un incitant important. Il demande également l'obligation du masque dans les cabinets médicaux et lieux de consultation.

Une fois le texte adopté et inscrit au Journal officiel, le masque ne devrait plus être obligatoire, sauf dans les transports et dans les établissements de soins. Ailleurs, comme dans les centres commerciaux, il reste recommandé dans les cas de forte affluence. Est programmée également la fin du CovidCheck pour se rendre au restaurant, à certains événements ou même au travail, où il était facultatif. Il reste cependant en place dans les établissements de soins. Des mesures censées rester en place jusqu'au 30 juin 2022.

Source: <https://paperjam.lu/article/feu-vert-conseil-etat-allegeme>